

# Regierung macht Klima-Schutz statt Klimaschutz

Die vielen jungen Menschen, die seit Monaten freitags auf die Straße gehen und immer mehr Unterstützung aus weiten Kreisen der Bevölkerung bekommen, wissen: Es ist allerhöchste Zeit zu handeln! Denn beim Klimaschutz geht es um unsere Lebensgrundlage. Und um die der nachfolgenden Generationen. Doch statt endlich wirksame Maßnahmen vorzulegen, verabschiedet sich die Regierungskoalition mit ihrem sogenannten Klimapaket vom international vereinbarten Klimaziel von Paris. Was die Regierung beschlossen hat, wird ihrer Zusage beim Klimaschutz nicht annähernd gerecht. Daran ändert auch das Versprechen nichts, die Klimawirkung ihrer Beschlüsse zeitnah zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern. Wie soll das funktionieren, wenn die Regierung ihre eigenen Energiewende-Ziele seit Jahren sehenden Auges verfehlt?

Julia Verlinden kommt aus Lüneburg und ist energiepolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Der Landkreis Cuxhaven gehört neben Stade, Harburg, Lüneburg, Lüchow-Danenberg, Uelzen und Celle zu ihrem Betreuungsgebiet.

Kontakt: Regionalbüro Lüneburg, Eike Weiss, Auf dem Wüstenort 4/5, 21335 Lüneburg, Tel.: +49 (0) 41 31 219 70 93, [Julia.verlinden@bundestag.de](mailto:Julia.verlinden@bundestag.de)

[facebook.com/jul.verlinden](https://www.facebook.com/jul.verlinden)  
[twitter.com/julia\\_verlinden](https://twitter.com/julia_verlinden)

Newsletter-Abo unter: [www.julia-verlinden.de/newsletter](http://www.julia-verlinden.de/newsletter)



Sommer in Berlin – unerträgliche 36 Grad  
(Foto: privat)

Dabei liegen die Lösungen für Energiewende und Klimaschutz längst auf dem Tisch. Wir können schnell Energie einsparen und Strom- und Wärmeproduktion auf erneuerbare Quellen umstellen. Speicher und intelligente Steuerung können für Verteilung und Sicherheit sorgen. Doch damit die schöne neue Energiewelt Wirklichkeit wird, sind die richtigen politischen Entscheidungen notwendig. Dazu gehören ein verursachergerechter CO<sub>2</sub>-Preis, klare Effizienzstandards für Gebäude, PKW und Elektrogeräte sowie der zügige Ausbau von Solar- und Windenergie.

Die großen Möglichkeiten, die Energiesparen und Energieeffizienz für den Klimaschutz eröffnen, werden von der Bundesregierung immer wieder ignoriert.

## Beispiel: Gebäude

Schon 2010 hat die EU ihre Mitgliedstaaten durch eine Richtlinie verpflichtet, einen Niedrigstenergie-Standard für Gebäude festzulegen, der spätestens ab 2021 für alle Neubauten gilt. Doch die Bundesregierung hat bis heute kein Gesetz dazu verabschiedet. Und ihr der-

zeitiger Entwurf für ein Gebäudeenergiegesetz bleibt bei den Verbrauchsgrenzwerten weit hinter dem Stand der Technik zurück. So werden auch 2020 in Deutschland noch Häuser gebaut werden, die Jahrzehnt für Jahrzehnt unnötig viel CO<sub>2</sub> ausstoßen.

## Beispiel: Solarenergie

Mit der Solarenergie können Menschen besonders gut bei der Energiewende mitmachen, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Soweit die Theorie. Doch die Praxis sieht leider anders aus: Menschen, die ihren eigenen Solarstrom nutzen, müssen darauf anteilig die EEG-Umlage zahlen – ein Anti-Solar-Programm. Vermieter\*innen, die ihren Mieter\*innen sauberen Sonnenstrom vom Dach anbieten wollen, müssen Vorschriften erfüllen, die eigentlich für große Stromversorger gemacht sind. Kein Wunder, dass viele davor zurückschrecken. Deshalb fordern wir Grüne: Weg mit der Sonnensteuer, weg mit viel zu bürokratischen Regeln für Mieterstrom, weg mit dem Solar-Deckel. Und rauf mit den Mengen an Solarenergie, die in größeren Projekten ausgeschrieben werden.

Fridays for future  
– Demonstration im Mai diesen Jahres in Cuxhaven  
(Foto: privat)



## Beispiel: Windenergie

Bei der Windenergie sieht es durch die Bremserpolitik der schwarz-roten Regierung inzwischen dramatisch aus. Der Neubau von Windenergieanlagen ist im ersten Halbjahr 2019 gegenüber den Vorjahren um fast 90 Prozent eingebrochen. Hindernisse sind zum Beispiel unnötig große Abstände zu Radaranlagen und Einschränkungen wegen der Flugsicherung. Der Bau von mehr als 1100 Windrädern ist dadurch zurzeit in Deutschland blockiert. Auch die unklare Rechtslage in Naturschutzfragen verzögert viele Projekte. Die Regierung muss solche Hindernisse beseitigen und mit einheitlichen Vorgaben die Planungsprozesse in Ländern und Kommunen erleichtern. Und die Koalitionsfraktionen müssen ihre Pläne für völlig überzogene Abstandsregeln zwischen Wohnhäusern und Windrädern aufgeben. Die könnten zum Todesstoß für die ohnehin angeschlagene Branche werden und jeden weiteren Ausbau der Windenergie verhindern, wie das Beispiel Bayern zeigt. Mit solchen zusätzlichen Hürden stünden nicht zuletzt insbesondere bei uns im Norden tausende Jobs auf dem Spiel.

Die Energiewende ist machbar. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland will sie. Die Regierung muss ihre Blockade endlich aufgeben und einfach machen. Jetzt.



Wirklichkeit in Cuxhaven – der Wasserstoffzug



Zukunft? – Oberleitungen für LKWs

# Sommerimpressionen



Sommerfest des grünen Kreisverbandes mit Chansons und Bandmusik



Da war noch Sommer und ein „grünes“ Treffen am Deich in Cuxhaven



Im Juli: Stadtrundgang mit Hans-Jürgen Kahle zur NS-Zeit in Cuxhaven